

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
18.10.2022
Ausschussbetreuender Fachbereich
Umwelt und Technik
Schriftführung
Hans-Jörg Fedder
Telefon-Nr.
02202-141321

Niederschrift

Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung
Sitzung am Dienstag, 06.09.2022

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:14 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe TOP Ö 1

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 07.06.2022 - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 07.06.2022 - öffentlicher Teil**
0335/2022
- 4 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 Nachverfolgung aller wesentlichen Maßnahmen analog zu § 5 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung**
0356/2022
- 7 InHK Bensberg I Quartiersplatz Wohnpark Bensberg - Entwurf Quartiersplatz**
0370/2022
- 8 Anregungen vom 31.03.2022 zum Hochwasserschutz in Gierath und Schlodderdich**
0448/2022
- 9 Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes Fremdwasserbeseitigungskonzept Eissporthalle**
0418/2022
- 10 Maßnahme zur Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Rahmenvertrag SiGeKo**
0420/2022
- 11 Beschaffung von zwei Notarzteinsatzfahrzeugen für den Rettungsdienst**
0354/2022
- 12 Baukostensteigerung Feuerwehrhaus Schildgen**
0400/2022
- 13 Anträge der Fraktionen**
- 13.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 15.08.2022 zur Betankung städtischer Fahrzeuge mit nachhaltigem synthetischen Diesel-Kraftstoff HVO-100 an zwei Bergisch Gladbacher Tankstellen**
0451/2022
- 14 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung, Herr Wagner, begrüßt alle Anwesenden. Er eröffnet die 11. Sitzung des Ausschusses in der zehnten Wahlperiode und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Er gibt die Vertretungsfälle der Ausschussmitglieder bekannt (s. nachfolgendes Teilnehmerverzeichnis. Außerdem teilt er mit, dass Herr Flügge von Herrn Dekker vertreten werde und zu **TOP N 6: Dauermaßnahmebeschluss Miete Hubarbeitsbühnen ab 2023** als Tischvorlage eine Kostenschätzung verteilt wurde (*Anlage 3, nicht öffentlicher Teil*).

Es sind folgende Ausschussmitglieder anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Dr. Bothe
Herr Butz
Herr Padberg (für Frau Casper)
Herr Lucke
Herr Maus
Herr Wagner

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Herr Kirch
Herr Lobermeier
Herr van Loon
Frau Rickes
Freu Dr. Steinmetzer

SPD-Fraktion:

Frau Mohr
Herr Zalfen

AfD-Fraktion:

Herr Cremer (für Herrn Dr. Waniczek)

FDP-Fraktion:

Herr Laschet (für Herrn Dr. Engel)

Fraktion Freie Wählergemeinschaft:

Herr Freitag

Bergische Mitte Fraktion:

Herr Schütz

Integrationsrat:

Herr Bochniczek

Inklusionsbeirat:

Frau Kaul

Seniorenbeirat:

Herr Derda

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 07.06.2022 - öffentlicher Teil

Gegen die Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben. Damit gilt sie als genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 07.06.2022 - öffentlicher Teil 0335/2022

Frau Mohr sieht für ihre Fraktion zum Lärmaktionsplan weiteren Handlungsbedarf.

Zu ihren Ausführungen mach der Vorsitzende, Herr Wagner, darauf aufmerksam, dass der Lärmaktionsplan heute nicht Beratungsgegenstand sei. Dieser werde, da keine weiteren Anmerkungen erfolgen, zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Herr Wagner trägt keine Mitteilungen vor.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Nollen trägt folgende Mitteilungen vor:

1. Zunächst informiert er über die Beschaffung von Weihnachtsbäumen. Trotz des Borkenkäferbefalls und der immer aufwändigeren Beschaffung aus Plantagen hoffe StadtGrün, alle Orte mit einem möglichst großen Weihnachtsbaum ausstatten zu können. Für eine der nächsten Sitzungen werde zu diesem Thema eine Vorlage erstellt.
2. Zusätzlich zum Versand städtischer Pressemitteilungen werde ab sofort auf der StadtGrün-Website über besonders wichtige Themen unter der neuen Rubrik „Aktuelles und Hintergründe“ informiert.
3. In den Herbstferien finde am 04. und 05.10.2022 jeweils von 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr auf dem Gohrsmühlenplatz ein Skateboard-Workshop statt. Die Federführung liege bei Fachbereich 5 – Jugend und Soziales. Fachbereich 5 werde die Ergebnisse auswerten und auch StadtGrün als Grundlage für weitere Planungen zur Verfügung stellen.

Herr Cürten informiert über den Stand der Digitalisierung und die Arbeitsweise des Bürgerbüros. Über das Serviceportal können einfache und erweiterte Meldebescheinigungen sowie einfache und erweiterte Melderegisterauskünfte digital beantragt werden. Zudem können über das Bundesamt für Justiz online Führungszeugnisse beantragt werden. Die Digitalisierung weiterer Angelegenheiten sei in Vorbereitung und in Planung. Die Umsetzung erfolge durch die Stabsstelle Digitalisierung unter Mitwirkung des Bürgerbüros. Bei einer Reihe von Anliegen wie z. B. sämtlichen Ausweisangelegenheiten sei von Gesetzes wegen keine rein digitale Abwicklung möglich.

Nur im Bürgerbüro Stadtmitte werden Termine vereinbart. Lediglich die Ausweis- und Passabholung erfolge wegen der sehr geringen Bearbeitungszeit generell ohne Termin. Die Terminvereinbarung habe sich in den vergangenen Zeiten beiden Jahren bewährt.

Für Personen, die das Bürgerbüro Stadtmitte ohne Termine aufsuchen würden, könne je nach Dringlichkeit und Eilbedürftigkeit auch kurzfristig ein Termin zwischengeschoben werden. Dies gelte gerade für ältere Personen. Die Vorlaufzeit für einen Termin betrage höchstens ein bis zwei Wochen.

6. **Nachverfolgung aller wesentlichen Maßnahmen analog zu § 5 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung**
0356/2022

Die Vorlage wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

7. **InHK Bensberg I Quartiersplatz Wohnpark Bensberg - Entwurf Quartiersplatz**
0370/2022

Herr Oberreuther (StadtGrün) und Frau Werker (Fachbereich Jugend und Soziales) tragen anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.

Der Vorsitzende Herr Wagner bedankt sich unter Beifall des Ausschusses für den Vortrag.

Auf Bitten Herrn Butz zu den Sonnenliegen aus Beton führt Herr Oberreuther aus, die Bänke würden in die Modulation des Bodens eingelassen. Sie hätten eine Armierung und würden nach unten fest aufliegen. Dadurch würde ein Durchbrechen verhindert. Sie wären nicht wesentlich teurer als die im Stadtgarten verbauten normalen Liegebänke.

Herr Lucke appelliert daran, dass die bereits versprochene dauerhafte Pflege tatsächlich durchgeführt werde. Er bittet darum, darüber nachzudenken, ob es nicht auch andere als die vorgesehenen Betonmöbel gebe.

Auf Anfrage Herrn Lobermeiers, inwieweit Bepflanzung und Planung der momentanen Klimaentwicklung Rechnung tragen, und ob es auf dem eingezeichneten Platz die Möglichkeit eines Stromanschlusses gebe, führt Herr Oberreuther aus, dass der Hauptweg beleuchtet werden solle. In dem Zusammenhang werde auch ein Stromanschluss herausgezogen.

Zur Klimaproblematik verweist er auf den Nutzen der Bodendecker; der bedeckte Boden halte Feuchtigkeit länger. Wichtig sei auch die Auswahl der Pflanzen. Es gebe Pflanzen, die gegen die Sonneneinstrahlung relativ resistent seien. In den nächsten Jahren müsse auch beobachtet werden, wie sich der Wald verändere.

Herr Nollen ergänzt, dass die Installation von Unterflur-Elektranten (= *Vorrichtung zur Entnahme elektrischer Energie*) sehr teuer sei. Er frage sich, ob dies für eine ein- oder zweimalige Verwendung im Jahr Standard im Grünflächenbereich werden solle. Die Anregung werde mitgenommen. Sei der Stromanschluss noch nicht in der Planung enthalten und auch nicht förderfähig, spreche er sich gegen einen großen Aufwand aus. Eventuell könne der benötigte Strom von der benachbarten Kita bezogen werden.

Frau Mohr fragt, ob die Sitzmöbel im Beschädigungsfalle zeitnah ausgetauscht werden können. Sie weist auf entsprechende Vandalismusschäden bei den s-förmigen Liegen im Stadtgarten hin.

Herr Oberreuther entgegnet, dass die fehlenden Latten an den Liegen nachbestellt wurden; Lieferengpässe bestünden aber auch dort. Mittels einer großzügigen Spende seitens der Bürgerschaft konnten darüber hinaus auch Sitzmöbel im Stadtgarten ergänzend angeschafft werden. Vandalismus sei leider flächendeckend festzustellen.

Zu einer Anregung Herrn Luckes, eine Zisterne vorzusehen, gibt Herr Oberreuther zu bedenken, dass der Vorrat in Trockenzeiten auch bei großen Regenwasserzisternen nur rund eine Woche ausreichen würde. Alternative könnte die Aufstellung von Tanks oder das Sammeln von Regenwasser von den Dächern der umliegenden Häuser sein.

Nach Auffassung von Herrn Nollen solle die Entwässerung der Wegeflächen nach Planung in die umliegende Vegetation erfolgen, so dass dort keine nennenswerte Sammlung von Regenwasser stattfinden könne. Allgemein werde die Anlage von Zisternen in Zukunft aber näher zu bedenken sein.

Sodann fasst der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig)

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss

1. nimmt die Entwurfsplanung der Stadtverwaltung zustimmend zur Kenntnis und
2. und beschließt die Ausführung dessen vorbehaltlich der Zustimmung des Fördermittelegers.

8. Anregungen vom 31.03.2022 zum Hochwasserschutz in Gierath und Schلودerdich
0448/2022

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst ohne Diskussion folgende

Beschluss: (einstimmig)

Das Ingenieurbüro Hydrotec aus Aachen wird mit der Ausarbeitung der Retentionsvarianten und der dazu erforderlichen Randbedingungen erst im Anschluss an die Neuberechnungen zum Rechtsrheinischen Kölner Randkanal beauftragt (geschätzte Kosten 20.000€). Da es sich um Untersuchungen zum Hochwasserschutz handelt, ist die Finanzierung aus städtischen Haushaltsmitteln sicher zu stellen.

9. Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes Fremdwasserbeseitigungskonzept Eissporthalle
0418/2022

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst ohne Diskussion folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig)

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften die Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes „Fremd 01 Fremdwasserbeseitigungskonzept Eissporthalle“ wie beschrieben zu beschließen.

10. Maßnahme zur Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Rahmenvertrag SiGeKo
0420/2022

Herr Wagner (Verwaltung) erläutert die Vorlage.

Herr Laschet möchte wissen, warum der Rahmenvertrag erst relativ spät angestrebt werde und wie die Thematik bisher gehandhabt worden sei.

Dazu erklärt Herr Wagner (Verwaltung), dass normalerweise für eine Maßnahme die Sicherheits- und Gesundheitskoordination (SiGeKo) separat mit ausgeschrieben würde. Derzeit würden mehrere Maßnahmen parallel laufen. In diesem Falle sei ein Vertragsabschluss sinnvoller.

Herr Dr. Bothe fragt hinsichtlich der Ausnutzung des Budgets nach den Verpflichtungen, die durch diesen Rahmenvertrag eingegangen würden.

Herr Wagner (Verwaltung) teilt mit, dass die Verwaltung nicht daran gebunden sei, ein Budget abzuarbeiten. Der Vertragspartner müsse akzeptieren, innerhalb des Vertragszeitraumes (zwei Jahre) einen Auftrag für bis zu 60 Maßnahmen zu bekommen. Dabei sei er an seine Preise gebunden.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst folgende

Beschlussempfehlung: (einstimmig)

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften die Veranlassung des Rahmenvertrags SiGeKo zur Umsetzung der Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes.

11. Beschaffung von zwei Notarzteinsatzfahrzeugen für den Rettungsdienst
0354/2022

Herr Cremer beantragt, über die Antriebsart der Fahrzeuge (konventionell oder Elektro) abzustimmen. Abhängig von dieser Entscheidung sei die Frage, ob das angesetzte Testjahr nötig ist, zu beurteilen. Nach Meinung seiner Fraktion könnte sich die Stadt die Kosten für ein Testjahr sparen.

Dazu führt Herr Köhler aus, bei Notarzteinsatzfahrzeugen handele es sich um genormte Fahrzeuge. Ob und wann Ersatzbeschaffungen für Fahrzeuge im Rettungsdienst erfolgen, habe der Rat mit der Genehmigung des Rettungsdienstbedarfsplanes beschlossen. Letztlich würden die Krankenkassen die Rettungsdienstfahrzeuge bezahlen; sie wären gebührenrefinanziert. Die Krankenkassen würden Vorgaben machen, in welchen Zeitabständen und nach welchen Kilometerleistungen Fahrzeuge zu beschaffen seien.

Die angesprochenen Testphase sei kostenlos. Die Elektromobilität im Bereich Rettungsdienst und Feuerwehr sei noch nicht völlig ausgereift. Hauptsächliches Problem bei batteriebetriebenen Rettungswagen sei die Ladeinfrastruktur, da sehr leistungsstarke Ladeeinrichtungen auf den Wachen und an den Krankenhäusern benötigt würden. Darüber würden in den nächsten zwei Jahren Gespräche geführt. Bei den Notarzteinsatzfahrzeugen in dieser Klasse gebe es keine leistungsfähigen Elektrofahrzeuge mit einer Reichweite bis zu 600 km, was der täglichen Fahrleistung entspreche. Die Beschaffung wäre nicht wirtschaftlich, weil die Fahrzeuge ohnehin hochpreisig wären und auf die Bedürfnisse der Feuerwehr umgerüstet werden müssten. Die Ergebnisse des genannten Tests bleiben abzuwarten.

Herr Kirch sieht die Testphase nicht als Gegenstand eines Beschlusses.

Diese Einschätzung wird von Herrn Köhler geteilt. Gegenstand der Vorlage sei die Beschaffung von zwei Notarzteinsatzfahrzeugen. Wegen der Größe der Fahrzeugflotte der Bergisch Gladbacher Feuerwehr halte er den Einsatz eines Prototyps eines Elektrofahrzeuges nicht für sinnvoll.

Herr Cremer bedankt sich für die Klarstellung, dass Fahrzeuge mit Verbrennermotor beschafft werden sollen und kündigt seine Zustimmung zur Vorlage an.

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Verwaltung erteilt der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH den Auftrag zwei Notarzteinsatzfahrzeuge für den Rettungsdienst zu beschaffen.

12. Baukostensteigerung Feuerwehrhaus Schildgen
0400/2022

Die Vorlage wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

13. Anträge der Fraktionen

13.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 15.08.2022 zur Betankung städtischer Fahrzeuge mit nachhaltigem synthetischen Diesel-Kraftstoff HVO-100 an zwei Bergisch Gladbacher Tankstellen

0451/2022

Herr Lucke begründet den Antrag seiner Fraktion.

Herr Zalfen verweist auf Zweifel an der Umsetzbarkeit, die die Ampel-Fraktionen noch hätten. So sei nicht klar, ob die von der Stadtverwaltung benötigten Mengen (4.000 l/Woche) synthetischen Kraftstoffes in Bergisch Gladbach überhaupt zur Verfügung gestellt werden könnten. Die Kosten sollten wenigstens annähernd so hoch sein wie die für herkömmlichen Diesel.

Außerdem wäre laut Einschätzung Herrn Zenz' der Aufwand für die Erstellung einer Vorlage recht hoch. Er hätte gehofft, dass die Umstellung der Betankung auf dem „kleinen Dienstweg“ möglich sei.

Herr Zenz schlägt vor, bestehende Möglichkeiten zu prüfen und in der nächsten Sitzung vorzustellen.

Herr Freitag spricht sich für die Entwicklung von Rahmenbedingungen aus, welche Nachhaltigkeit über E-Fuels gewollt sei.

Für Herrn Lobermeier ist es offen, wie viele städtische Fahrzeuge mit diesem Kraftstoff betankt werden können. Außerdem interessiere ihn, wie realistisch die Einsparungen wären. Im Antrag würden die Einsparungen mit mindestens 90 % angegeben, auf Seiten des Herstellers von 50 bis zu 90 %.

Die im Antrag genannte Rechtsgrundlage für die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge zielt gerade nicht auf E-Fuels ab, sondern auf die zukünftige Anschaffung emissionsfreier Fahrzeuge. Bei früherer Gelegenheit habe der Ausschuss die Verwaltung gebeten, hinsichtlich eines Gesamtkonzeptes zur Umrüstung der städtischen Fahrzeugflotte auf emissionsfreie Antriebe hinzuwirken. Für bestimmte Nutzungen würden E-Fuels eine wichtige Rolle spielen. Für andere Fahrzeuge, für die es bereits batterieelektrische Lösungen gebe, werde die Stadt durch das genannte Gesetz in Zukunft gezwungen, emissionsfreie Fahrzeuge anzuschaffen.

Herr Kirch möchte wissen, woher die Rohstoffe dieses Treibstoffes kommen sollen. Der Hersteller sei froh, die Mindestmenge an Palmöl auf 20 % reduziert zu haben.

Herr Cremer begrüßt den Antrag der CDU-Fraktion. Es sei ein Schritt in die richtige Richtung, um auch zukünftig noch Verbrenner nutzen zu können, vor allem, wenn der Preis des Sprits nahezu identisch bleibe.

Herr Lucke gesteht zu, dass mit dem Tankstellenbetreiber geklärt werden müsse, ob ausreichend Kraftstoffmengen zur Verfügung gestellt werden könnten. Grundsätzlich gelte, je mehr Menge abgenommen würde, desto lukrativer werde es für die Betreiber. Das ungefähr der Diesel-Preis gelte sei bereits geklärt.

Der Antrag seiner Fraktion diene dem Klimaschutz, ohne dass bereits jede Detailfrage geklärt worden sei. Das sei auch nicht die Aufgabe eines Antragstellers.

Der Antrag seiner Fraktion vom Mai habe sich ebenfalls auf synthetische Kraftstoffe bezogen und nur beispielhaft R 33 und die bft-Tankstelle in Leverkusen aufgeführt. Seiner Fraktion gehe es um einen schnellen pragmatischen Beitrag zum Klimaschutz.

Herr Maus erklärt, eine Reihe von Kommunen in Bayern, in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen hätten die Betankung mit synthetischem Kraftstoff bereits eingeführt. Die CO₂-Bilanz der nächsten Jahre müsse in der Verwaltung im Sinne des Restbudgets sehr genau geprüft werden. HVO-100 ist seit mehreren Monaten von LKW-Herstellern vollständig geprüft. Hinsichtlich Preis, Qualität und Verträglichkeit sei HVO-100 unproblematisch. Außerdem würden die Emissionen sinken. Die Herstellmengen wären so groß, dass man etwa 40 % des gesamten Dieselbedarfs in Deutschland decken könnte.

Bislang sei es verboten, CO₂-neutralen Dieseleratz zu tanken.

Auch Herr Dr. Bothe verweist darauf, dass HVO-100 in großen Mengen zur Verfügung stünde. Er werde nicht aus Strom, sondern aus Abfallstoffen hergestellt. R 33 sei eine Mischung aus 33 % HVO und 67 % fossilem Diesel. Dieser Kraftstoff entspreche der DIN EN 590. Für schwere Nutzfahrzeuge gebe es die gesetzliche Vorgabe, solche Kraftstoffe zukünftig einzusetzen.

Herr Lobermeier meint, über Klimaschutz als übergeordnetem Ziel bestehe im Ausschuss Einigkeit. Er sieht wegen der Sekundär- und Tertiäreffekte im Ausland keinen Gewinn in der Zusetzung von Palmöl. E-Fuels hätten für bestimmte Zwecke ihre Berechtigung. Es gebe aber bereits marktreife Lösungen, die es ermöglichen zu elektrifizieren und dadurch CO₂-Emissionen und weitere umweltschädliche Emissionen zu reduzieren.

Herr Dr. Bothe verweist darauf, dass auf europäischer Ebene seit Jahren in allen Regulatorien der Schutz von Regenwäldern etc. berücksichtigt wird.

Er stimme der Auffassung zu, dass die Elektrifizierung in vielen Fällen die bessere Lösung sei. In anderen Fällen (Straßenkehrmaschinen, Rettungsdienstfahrzeuge) sei in den nächsten Jahren keine Elektrifizierung möglich.

Herr van Loon verweist darauf, dass heute behandelte Themen abseits des Bio-Diesels nicht auf kommunaler Ebene entschieden würden. Bergisch Gladbach könne entscheiden, welche Fahrzeuge beschafft werden und wo was getankt werde. Er bitte die Vorlage Herrn Zenz' abzuwarten und beantragt Ende der Debatte.

Herr Maus verweist auf eine Untersuchung, wonach bei einem Euro-6-Fahrzeug, das mit solchen Kraftstoffen getankt ist, Immissionen vom Motor angesaugt würden, wodurch die Abgasnachbehandlung mit geringeren Konzentrationen entlassen wird.

Herr Cremer beantragt die geheime Abstimmung dieses Antrags.

Dazu erklärt der Vorsitzende, Herr Wagner, heute sei keine Abstimmung vorgesehen. Die Verwaltung werde zur nächsten Sitzung eine Vorlage erstellen. Da auch keine weiteren Wortmeldungen vorlägen, sei der Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte umgesetzt.

14. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Zalfen verweist auf eine Presseerklärung des Abfallwirtschaftsbetriebes (AWB), wonach rechtzeitig die Termine für die Laubabfuhr gebucht werden sollen. Auf der Internetseite des AWB stehen die Termine des Jahres 2021. Herr Zenz erklärt, daran werde gearbeitet.

Herr Lucke verweist auf ein Gerücht, dass im Grünen Mobilhof später nur die RVK-Busse die Wasserstofftankstelle nutzen können sollen. Er möchte wissen, ob dies stimme und, falls ja, wie eine Zugänglichkeit durch jedermann gewährleistet werden könne. Eine solch innovative Tankstelle solle von jedermann genutzt werden können.

Die erbetene schriftliche Antwort wird zugesagt. *(Sie ist als Anlage 2 beigefügt.)*

Herr Derda erinnert an die Mitteilung des Bürgermeisters der heutigen Sitzung, wonach sich das Bürgerbüro im fortschreitenden Maße der Digitalisierung bediene. Er sei als Mitglied des Seniorenbeirates von einem über 80-Jährigen angesprochen worden, der die Digitalisierung nicht beherrsche und auf Anfrage von der Telefonzentrale die Auskunft erhalten habe, dass es keinen Telefondienst gebe. Die Mitarbeitenden wären alle im Gespräch und könnten dieses nicht für ein Telefongespräch unterbrechen. Er wolle nun wissen, wie dies zukünftig gehandhabt werden solle. Die Digitalisierung gehe wohl an den alten Menschen überwiegend vorbei.

Dazu erklärt Herr Cürten, das Problem liege insbesondere an der veralteten Telefonanlage der Stadt. Seines Wissens werde eine neue Telefonanlage ausgeschrieben. Ziel sei, um das vorgetragene Problem zu lösen, mit einer Bandansage zu arbeiten. Im Bürgerbüro gebe es in der Tat kei-

nen Mitarbeiter, der nur Telefondienst leiste. Auch angesichts der extrem dünnen Personalsituation bestehe keine Möglichkeit, während der engen Termine noch das Telefon zu bedienen. Eine neue Telefonanlage solle Terminabsprachen auch ohne Gespräch mit Mitarbeitenden ermöglichen.

Herr Wagner (Vorsitzender) hofft auf eine Lösung durch die Verwaltung, erklärt aber auch, eine fortschreitende Digitalisierung werde in der Tat angestrebt.

Herr Maus zeigt sich erfreut über den Stellenwert des Klimas. Er bitte die Verwaltung um Bestätigung der Eingaben von Bürgern, die an der Klimaproblematik mitarbeiten würden. Darüber hinaus befürworte er eine Information über den Sachstand an die betroffenen Bürgerinnen und Bürgern.

Herr Dekker verweist auf einen diesbezüglichen Hinweis im Arbeitskreis in Richtung Klimaschutzmanagement. Er nehme das Anliegen Herrn Maus' gerne mit und leite es an Herrn Migenda weiter, dessen Bereich betroffen sei.

Herr Cremer möchte wissen, wie lange die Stadt ungefähr auf die neue Telefonanlage warten müsse. Je nach Lieferzeit solle darüber nachgedacht werden, einen Mitarbeiter abzustellen, der Anrufe entgegennimmt.

Herr Dekker erklärt, derzeit werde erneut ausgeschrieben. Die Stadt werde die neue Telefonanlage hoffentlich noch dieses Jahr bekommen. Gegenwärtig sei es nicht möglich, die Vielzahl der Anrufe von einem oder zwei Mitarbeitenden beantworten zu lassen. Betroffen seien besonders publikumsintensive Bereiche wie das Bürgerbüro oder das Sozialamt, in denen Publikumsgespräche nicht unterbrochen werden können.

Herr Laschet bedauert, dass der Wohnmobilstellplatz am Kombibad Paffrath aufgrund der geringen Nutzung defizitär betrieben wird. Er möchte wissen, wie die Verwaltung gedenke, den Verlustbetrieb einzudämmen. Die Frage könne schriftlich beantwortet werden.

Herr Dekker stellt fest, dass der Wohnmobilstellplatz seit letztem Jahr betrieben würde. Es sei von vornherein klar gewesen, dass der Platz immer defizitär betrieben werde. Die Politik müsse entscheiden, ob sie den Platz unter diesen Voraussetzungen weiter betreiben wolle und ob im Rahmen des Haushalts 2023 Mittel bereitgestellt werden.

Da keine weiteren Anfragen gestellt werden, schließt Herr Wagner den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.40 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Wagner
Vorsitzender

gez. Fedder
Schriftführung

